

„Schnüffelei hielt Einzug“

40 Jahre **RADIKALENERLASS**: Wie der Freiburger Werner Siebler zum „Roten Boten“ wurde

Als vor 40 Jahren der „Radikalenerlass“ erging, der „linke Elemente“ vom öffentlichen Dienst fernhalten sollte, nickte noch mancher zustimmend. Doch vor allem das Schicksal des Freiburgers Werner Siebler bewirkte einen Meinungsumschwung. Und Siebler wurde zum bundesweit bekannten „roten Boten“.

SIGRUN REHM

„Werner Siebler muss Briefträger bleiben!“ Der Spruch stand Anfang der 1980er Jahre auf Flugblättern und Plakaten; in Kneipen und Büros, auf Schulhöfen und in Werkhallen wurde über den Postboten des Freiburger Zustellbezirks 175 diskutiert. Stolz? Werner Siebler, heute 57, muss lächeln. „Durchaus“, sagt er, „ich bin mit meinen 1,60 Metern daran gewachsen, habe viel gelernt und steh dazu.“ Doch der „Radikalenerlass“, auf den sich die Regierungschefs der Bundesländer und Bundeskanzler Willy Brandt am 28. Januar 1972 einigten, habe ihm und vielen anderen Menschen die Existenz geraubt, Biografien gebrochen und das Klima in der Gesellschaft vergiftet. „Gesinnungsschnüffelei hielt Einzug“, sagt Siebler.

Der Erlass sah vor, alle „Personen, die nicht die Gewähr bieten, jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten“, aus dem öffentlichen Dienst fernzuhalten oder zu entlassen. Rund 3,5 Millionen Menschen wurden so auf ihre Gesinnung vom Verfassungsschutz überprüft. 11 000 Berufsverbots-, 2200 Disziplinarverfahren, 1250 Ablehnungen von Bewerbungen und 265 Entlassungen waren die Folge. Vor allem traf es Mitglieder der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und anderer linker Gruppierungen, aber auch Friedensaktivisten und Frauenrechtlerinnen verloren ihren Job. In der Region waren die Lehrer Kurt Faller, Klaus Lipps, Hendriik Guzzoni



„Die Aktion hatte Erfolg und zwar bis heute“, sagt Werner Siebler.

FOTOS: SIR/INGO SCHNEIDER/DAPD

und Giesela Siebold dabei, der beim Arbeitsamt beschäftigte Freiburger Thomas Armbruster und der Justiz-Mitarbeiter Gerd Wernthaler aus Lörrach, Lokführer, Behördenmitarbeiter, Postboten. Auch der damalige Lehrer und heutige Ministerpräsident Winfried Kretschmann wurde wegen „Verfassungsfeindlichkeit“ zunächst nicht vereidigt.

„Die Aktion hatte Erfolg und zwar bis heute“, sagt Werner Siebler. Das habe er bei seinem Versuch, zum 40. Jahrestag die Unterschriften von Betroffenen zu sammeln, gemerkt: „Viele haben abgelehnt, trotzdem sie die Initiative gut finden, und gesagt, sie wollten keine Nachteile riskieren“, berichtet er. Und das, obwohl das Antidiskriminierungsgesetz seit 2006 Ungleichbehandlung wegen politischer

Überzeugung verbietet. Siebler selbst, der 1978 wegen seiner DKP-Mitgliedschaft ein Disziplinarverfahren und 1984 die Kündigung bekam, danach als „Victime de la Berufsverbot“ durch Europa tourte und 1990 nach zähem Kampf wieder eingestellt werden musste, ist heute freigestellter Betriebsrat bei der Post AG. Er habe sich zutiefst ungerecht behandelt gefühlt, sagt er: „Das Grundgesetz war für mich immer eine Errungenschaft.“ Entschuldigt habe sich bei ihm bis heute keiner seiner Vorgesetzten.

„Am Fall Siebler wurde vielen, die den Erlass bei Lehrern noch in Ordnung fanden, die Absurdität klar“, sagt der Freiburger SPD-Bundestagsabgeordnete Gernot Eler. „Dass er keine Post mehr austragen sollte, war eine Provo-

kation für den gesunden Menschenverstand.“ Eler drohte damals selbst der Parteiausschluss, weil er sich für den Lehrer Kurt Faller eingesetzt hatte. „Der Staat war auf dem rechten Auge blind“, sagt er. Den „Radikalenerlass“, den Willy Brandt später als „Irrtum“ bezeichnete, nennt er „eine massive Einschränkung der Freiheitsrechte“. Die SPD habe sich damals von den Konservativen „gejagt“ gefühlt und sich den Rücken freihalten wollen für ihre Ostpolitik, meint er. Heute gelte es angesichts von Rechtsterrorismus und Islamangst, achtsam zu sein und der Schnüffelei bereits in den Anfängen zu wehren.

„Der 40. Jahrestag ist vielleicht ein guter Zeitpunkt, die Berufsverbote politisch aufzuarbeiten“, sagt Gernot Eler. Das meinen auch Werner Siebler und andere Betroffene, die auf der Webseite www.berufsverbote.de eine Resolution veröffentlicht haben. Sie verlangen Akteneinsicht, ihre Rehabilitation und die Aufarbeitung des historischen Unrechts. Im Frühsommer wollen sie den Text den Regierungschefs der Länder und der Bundeskanzlerin übergeben.

➤ 40 JAHRE RADIKALENERLASS
Betroffene berichten, mit Diskussion, am Donnerstag, 26. Januar, 20 Uhr, im Café Velo, Stadtbahnbrücke, Freiburger Hauptbahnhof.



Vom „Radikalenerlass“ betroffen: der SPD-Bundestagsabgeordnete Gernot Eler (links) und Ministerpräsident Winfried Kretschmann.